



Karin Evers-Meyer
Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordnete des Wahlkreises
Friesland-Wilhelmshaven

Förderung für maritime Wirtschaft soll gekürzt werden Evers-Meyer: Regierung schadet Standort Deutschland

Berlin/Friesland-Wittmund-Wilhelmshaven, 17. September 2010 – Die Bundesregierung plant, die Fördermittel für die maritime Wirtschaft in Deutschland zu halbieren. Das geht aus dem Haushaltsentwurf für 2011 hervor, der diese Woche vom Bundestag erstmals beraten wurde. „Die Bundesregierung fährt in der Seeschifffahrt auf falschem Kurs und gibt damit ein falsches Signal an die maritime Wirtschaft“, sagte die hiesige SPD-Bundestagsabgeordnete Karin Evers-Meyer.

Die maritime Wirtschaft habe Deutschland zum Exportweltmeister gemacht, so Evers-Meyer. Die Voraussetzung für eine starke Exportwirtschaft sei eine wettbewerbs- und leistungsfähige Handelsflotte. Dazu habe die konsequente Förderung der Branche, wie sie mit den Vereinbarungen des Maritimen Bündnisses seit 2004 erfolgt sei, wesentlich beigetragen. „Ziel muss es sein, die Wettbewerbsfähigkeit und die Beschäftigung in Deutschland zu fördern und zu stärken“, sagte Evers-Meyer.

Der Bund hat mit der Förderung der maritimen Wirtschaft in den vergangenen Jahren unter anderem dazu beigetragen, die Lohnnebenkosten für den Betrieb deutscher Handelsschiffe im internationalen Verkehr zu senken. Im Gegenzug haben sich die Reeder dazu verpflichtet, einer weiteren Ausflagung deutscher Schiffe entgegenzuwirken und damit einen Verlust von Arbeitsplätzen in Deutschland zu verhindern. „Wenn die Bundesregierung diese Absprachen nun einseitig aufkündigt, schadet das am Ende dem Schifffahrtsstandort Deutschland“, so Evers-Meyer. Die Finanzhilfen müssten auf dem bisherigen Niveau fortgeführt werden. Die Seeschifffahrt in Deutschland mit rund 30.000 Beschäftigten sei eine hoch innovative Zukunftsbranche von herausragender Bedeutung, betonte die Abgeordnete. „Ziel der maritimen Politik muss es sein, Deutschland als maritimen Standort zu stärken und Beschäftigung, Wertschöpfung sowie Ausbildung zu erhalten. Das wird nicht erreicht, wenn die Fördermittel so drastisch gekürzt werden, wie es die Bundesregierung nun vorhat“, so Evers-Meyer.

P
R
E
S
S
E
M
I
T
T
E
I
L
U
N
G